



Calmer Tagblatt
Nr. 252. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang
Verlag: Calw, 28. Oktober 1921. Preis: In der Stadt mit Frachtkosten 12.00, außerhalb 12.50. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Hg. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — A. Kersch, B. Freitag, den 28. Oktober 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 12.00, außerhalb 12.50. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Hg. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — A. Kersch, B.

Zur Lage.

Die Entscheidung in Berlin ist gefallen: Deutschland hat wieder eine Regierung, und diese hat Stellung genommen zu dem Nachspruch von Genf-Paris. Das dieses Urteil von Völkern und Entente (Völkerbundrat und Völkervertrag) ein Vorurteil ist, lehnt jedermann ein; wir werden es noch an anderer Stelle für sich behandeln und deshalb für jetzt außer acht lassen. Worum es sich im Augenblick handelt, ist innere Einigkeit nach außen gegen den gemeinsamen Feind. Alle andern Fragen müssen hinter die der Antwort, die der Reichszentralrat in seiner Erklärung vor dem Reichstag auf das Diktat von Genf-Paris gegeben hat, zurückgestellt werden. In dieser feierlich vor der Welt ausgesprochenen Rechtsverwahrung gegen die neue Gewalttat der alten Gegner und des, wie behauptet wird: zwischenstaatlichen, überdies Völkervertrags, müssen Reichsregierung, Reichstag, Parteien, Volk und Presse sich solidarisch erklären. Sowohl die Grenzfestsetzung für Oberschlesien, die Teilung des Industriegebietes, als die Aufzwingung einer Übergangsverwaltung, das Wirtschaftsabkommen, das zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen werden soll, verstoßen in Wirklichkeit gegen den Friedensvertrag, wenn sie auch Briand in seiner Begleitnote mit einem Schein des Rechts auf diesen begründen wollte. Das deutsche Volk ist rechtlos, weil machtlos. Der Reichszentralrat in seiner Rede über all das niemand im Zweifel. Er hat kurz und gut und klar gesprochen. Außerdem müssen wir, nachdem Polen das Urteil über Oberschlesien angenommen hat, vor dem Vorurteil der Welt den Schein des Rechtsbrechers und Friedensstörers vermeiden, und das es sicherlich nicht im Interesse der nun an Polen fallenden deutschen Gebiete und ebenfalls nicht im Interesse der von dem Wirtschaftsabkommen betroffenen Gebiete liegt, keine Abgeordneten zu den Wirtschaftsverhandlungen zu entsenden, ist unanfechtbar. Diese Gebiete gingen uns — im Weigerungsfalle — zweifellos ebenfalls unrettbar verloren. Wir müssen aber noch retten, was je zu retten ist. Denn die Gefahr, die diesem Wirtschaftsstaatsgebiet droht, ist die einer 15jährigen Polonisierung; wie das Saargebiet nach 15 Jahren französisch werden soll, sollen diese jetzt dem Namen nach noch Deutschland verbleibenden Teile des Industriegebietes in 15 Jahren für den Fall an Polen reif sein. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Wenn der Reichszentralrat offen ausspricht, daß die bisherige unabhingige Erfüllungspolitik auf neue Grundlagen gestellt werden muß, d. h. von nun an durch das Verhalten der Entente in erster Hinsicht bedingt sein wird, so wird das wohl allgemein mit Befriedigung und Befreiung aufgenommen werden. Die Parteien konnten sich im allgemeinen auch den Gründen, die der Reichszentralrat für seine Stellung anführte, nicht verschließen; über die Frage Annahme oder Ablehnung kann man selbstverständlich verschiedener Meinung sein. Unsere Ansicht darüber haben wir schon ausgesprochen (vgl. Nr. 243 des „Calwer Tagblatts“). Etwa Annahme der Grenzfestsetzung unter Rechtsverwahrung und Ablehnung der Wirtschaftsregelung kam nach der Note Briands, in der uns die Entscheidung als unentzerrbare Einheit aufgezwungen wird, nicht mehr in Betracht; ebenso wenig etwa eine Ablehnung der Grenzfestsetzung und Annahme der wirtschaftlichen Bestimmungen. Ob die Rechtsverwahrung einen wirklichen Wert haben wird, ist freilich sehr zweifelhaft. Aber von ihr wenigstens darf unter gar keinen Umständen abgelassen werden. Daß die Große Koalition nicht zustande gekommen ist, ist das Bedauerlichste in den innenpolitischen Vorgängen der letzten Tage. Zeit genug hätten Regierung und Parteien gehabt. Vor allem ist die unglückselige Verquickung der ober-schlesischen Frage mit den Steuerfragen daran schuld. Andererseits ist es selbstverständlich, daß eine Große Koalition sich auf ein Gesamtprogramm hätte einigen müssen. Auf die Verhandlungen zwischen den Parteien brauchen wir nicht näher einzugehen. Reichszentralrat bezeichnet in seiner Rede ausdrücklich das neue Kabinett als neue Regierung. Diese Betonung gilt vor allem der Entente. Die Minister, einige alte Bekannte als neue darunter, wollen nicht als Parteiminister, sondern als Fachminister oder lediglich persönlich genommen sein. Die neue Regierung wird sich also von Fall zu Fall ihre Mehrheit suchen müssen. Der Weg zur Großen Koalition, die auch der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Reichszentralrat als dringende Notwendigkeit bezeichnet, ist damit weiterhin offen gelassen. Die Frage, wie lange sich diese Regierung halten wird, sollte jetzt nicht gestellt werden; wichtig ist im Augenblick nur, von Oberschlesien zu halten und zu erhalten, was möglich ist. Das können unsere deutschen Brüder dort von uns verlangen. Und was weiterhin vor Deutschland steht, weist in nicht unüberwindlicher Eindringlichkeit die große politische Aussprache in der französischen Kammer auf. Die Angriffe auf Briand mehren und verstärken sich. Ueber seine gefährdete Stellung hilft auch sein Siegesruf nicht hinweg, daß er die deutsche

Die deutsche Note an die Völkervertragkonferenz.

Berlin, 27. Okt. Der deutsche Völkervertrag in Paris übermittelte der Völkervertragkonferenz heute folgende Note: Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, das dadurch dem deutschen Reiche auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der es wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrags, dem die in Genf getroffene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Regierung gestürzt und Deutschland zum Nachgeben gezwungen habe. Wie lange Briand sich noch seinem neuesten „Sieg“ über Deutschland noch wird halten können, ist nur noch eine Frage der Geduld der französischen Chauvinisten. Wir haben in letzter Zeit immer und immer wieder auf diese Gefahr hingewiesen. Dann erst wird die große Leidenszeit für Deutschland beginnen, und dann hilft erst recht nur die Kraft des ganzen Volkes, die von innerer staatlicher und wirtschaftlicher Beschlossenheit aus sich nach außen hin umsetzt, und sich äußert in Stärke und Zielbewußtsein von Regierung, Reichstag und Presse.

Deutschland und das Diktat von Genf-Paris.

Die deutschen Abgeordneten für die Wirtschaftsverhandlungen.
Berlin, 27. Okt. Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsminister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär Lewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet.
Berlin, 28. Okt. Die deutschen Unterhändler für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, Schiffer und Lewald, werden von einem größeren Sachverständigenstab begleitet sein. Die Abreise der Unterhändler dürfte anfangs nächster Woche erfolgen. Als Verhandlungsort kommen Oppeln oder Kattowitz in Frage.
Die gestrige Abstimmung im Reichstag.
Berlin, 28. Okt. Bei der gestrigen Abstimmung im Reichstag haben, laut „Vorwärts“, für die Resolution Wels-Marz, die dem Kabinett das Vertrauen ausspricht und 230 Stimmen vereinigte, geschlossen gestimmt: Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige, ferner die Mehrheit der Demokraten, während sich ein Teil der Demokratie der Stimme enthielt. Gegen das Vertrauen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten (132 Stimmen).

Stegerwald über die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Diktats für Preußen.

Berlin, 28. Okt. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Lokalanzeigers“ erklärte der preussische Ministerpräsident Stegerwald, daß durch die Genf-Pariser Entscheidung wertvolle preussische Domänen, Staatsforsten, Kohlengruben und Erz-lagerstätten aus dem Besitz des preussischen Fiskus an Polen übergingen und daß hierdurch eine ansehnliche Anzahl alteingesessener preussischer Beamten vor die Entscheidung gestellt werde, ob sie unter polnischer Herrschaft im Lande bleiben oder ins deutsche Gebiet auswandern sollten. Von den 35 ober-schlesischen Amtsgerichten gingen 11 verloren. Dies und die Abtretung der Straf-anstalten in Kattowitz und Myslowitz bedeute den Verlust von 489 preussischen Beamten, das heißt fast einem Drittel der Justizbeamten-schaft in Oberschlesien. Ein Hinausgehen der Beamenschaft aus Oberschlesien würde schmerzliche Lücken in die Reihen des aufrechten ober-schlesischen Deutschtums reißen. Damit würde unser Wunsch und Wille, das widerrechtlich abgetrennte Gebiet wenigstens kulturell deutsch zu erhalten, in Einklang zu bringen sein. — Auf die Frage, wieviel Steuerkraft durch die Abtretung der Gebiete an Polen verloren gehe, erwiderte der Ministerpräsident, daß die verloren gehenden Stadt und Landkreise für das Steuerjahr 1919 für

die Einkommensteuer mit einem Hebungssoll von 25,2 Millionen Mark angelegt war. Dieser Steuerbetrag entsprach damals einem Prozentsatz von 47,6 Proz der Einkommensteuer des gesamten ober-schlesischen Abstammungsgebietes.

Rundgebung der deutschen Gewerkschaften gegen die Vergewaltigung von Oberschlesien.

Berlin, 27. Okt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund veröffentlichten nachfolgenden Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens: Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrags, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die würgende Last der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerbundsrat und die Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entscheidung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt schärfsten Protest. Sie erblicken in diesem, dem deutschen Volke ohne jede Anhördung aufgezwungenen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem den schärfsten Widerspruch mit dem wiederholt feierlich verkündeten Zweck des Völkerbundes (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich unabhängig ist. Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtslos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden freigegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach den ersten Versuchen zur Erfüllung der Reparationslasten schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, werden ihm wertvolle unentbehrliche Teile zu Unrecht entzogen. Die deutsche Arbeiterschaft hat wiederholt ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet. Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung gänzlich zerschlagen. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmassnahmen vorgehen zu können. 13 Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen hiermit dem gegen ihren Willen und entzogenen Oberschlesien ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, Euch als Volksgenossen zu betrachten und werden nie er-lahmen, zu betonen, daß wir die Bereicherung Oberschlesiens die entgegen dem einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung, entgegen Vernunft und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten. Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geiste der Völkerverordnung auch das Recht auf unsere ober-schlesischen Volksgenossen Anwendung findet.

Rundgebung in Halle.

Halle a. S., 27. Okt. Eine nach Zehntausenden zählende und von Angehörigen aller Parteien besuchte Versammlung zum Protest gegen die Losreißung Oberschlesiens vom deutschen Vaterland fand heute gegen Abend auf dem Hall-Markt statt. Die Menge spendete den Rednern, die die Vergewaltigung durch die Entente und durch einen parteiischen Völkerverbundrat geißelten, fürstlichen Beifall und brachte den Protest der Halle'schen Bürgererschaft durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution zum Ausdruck. Nach dem Abklingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ ging die Menge ruhig auseinander.

Die Nationalliberale Korrespondenz gegen die Vorwürfe der Sozialdemokratie.

Berlin, 26. Okt. Die Nationalliberale Korrespondenz erklärt die Behauptung der sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Scheidemann und Wels, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten der Presse Mitteilungen über die vertraulichen interfraktionellen Besprechungen am Montag nachmittag gemacht und dabei aus rein parteipolitischen Erwägungen einen die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch begangen, für vollkommen unwahr. Die Nationalliberale Korrespondenz habe lediglich einen Bericht über die Sitzung gebracht, in der die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu den vorausgegangenen Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung nahm und in der sie zu einer Ablehnung der geplanten Regierungsloalition gelangte. In Bezug auf die Verhandlungen bei dem Reichspräsidenten sei in diesem Bericht lediglich gesagt, daß die Fraktion zu ihnen Stellung nahm und daß sich bei diesen Verhandlungen weitgehende Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Haltung der Parteien zur ober-schle-

Calw
ag, den 29. Oktober
as
ränzchen
erhaltung
Auführungen
ffnung punkt 7 Uhr.
er unseres Vereins und
hren nächsten Ange-
t. Personen, die Mit-
e einen Zutritt. Am
e statt. Das Belegen
itenangehörige gestattet.
rat.
onn.
wandle, Freunde und
amstag, den 29. Okt.
=Feier
bler“ in Ottenbromm
Schnürle
ena Rentzler.
in Hirsau.
r besonderen Einladung
rmandte, Freunde und
amstag, den 29. Okt.
=Feier
wen“ in Sommer-
en.
einhardt
rdt in Sonnenhardt.
Bangner
Bangner, Javelstein.
in Javelstein.
jed. r besonderen Ein-
vollen.
inladung.
rmandte, Freunde und
amstag, den 29. Okt.
=Feier
Löwen“ in Ober-
einzuladen.
berreichenbach.
Obertenghardt.
in Altburg.
ofort. Eintritt
äger
B-Arbeiter
Lohn
Wannheim, Sägewerk
ungen ins Ausland

nicht Frage gestellt hätten. Im übrigen sei lediglich der Standpunkt der Fraktion dargelegt worden, der dahin gehe, daß die Grundlage für eine große Koalition zur Zeit nicht gegeben sei, weil die von der Deutschen Volkspartei vertretene Auffassung nicht von allen zur Regierungsbildung berufenen Parteien gebilligt werde.

Die deutsche Presse zum Programm der neuen Regierung.

Berlin, 27. Okt. Das gestern vom Reichstanzler im Reichstag entwickelte Programm der neuen Regierung findet die Zustimmung der Presse des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Die Blätter betonen besonders die selbstlose, männliche Art, mit der Dr. Wirth in schwerem Augenblick mit seiner Perion vor die Presse trat, die durch das Nichtzustandekommen einer neuen Koalition geschaffen war.

Die „Germania“ schreibt: Der entschlossene Wurf Dr. Wirths ist gelungen. Eine tatkräftige Regierung konnte sich gestern dem Reichstag vorstellen. Die Rede Dr. Wirths zeichnet sich durch die Bestimmte und klare Fassung des deutschen Standpunkts gegenüber dem neuen Ententeblock wegen Oberschlesien aus. Sie zeigt aber auch nicht minder entschlossen den Weg, den Deutschland gehen muß. Die formell koalitionslose Regierung kann sich auf die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes wirksam stützen und hat damit den Boden für die Durchführung ihres Programms.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: In der gestrigen Rede des Reichstanzlers ist nichts, was nicht auch die Demokraten und die deutsche Volkspartei hätten mitmachen können und nichts, was diejenigen ablehnen müßten, denen in der ober-schlesischen Frage eine entschiedene Politik des Nichtverzichtsens notwendig erscheint.

Die „Börsen-Zeitung“ hofft mit Bezug auf die Nichtbeteiligung Dr. Rathenaus an der neuen Regierung, daß sein Fehler und der Fehler der demokratischen Fraktion noch gutgemacht werden könne und sagt, der Posten des Wiederaufbauministers ließe sich für Dr. Rathenau.

Auch der „Vorwärts“ erklärt, daß das Wiederaufbaureferat für Dr. Rathenau offen ließe und schreibt: Anscheinend will Dr. Rathenau den Ausgang der Pariser Kammerdebatte erwarten, was wir von ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens durchaus begreifen können.

Die „Freiheit“ urteilt über das neue Kabinett, das Begriffe erhalte diese Regierung von Dr. Wirth. Die Erfahrungen, die er im Reichstag vorgetragen habe, gäben der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens starken Ausdruck. Manches, was er sagte, entspricht nicht unserer Auffassung, aber wichtiger als einzelne Wendungen ist für uns die Tat. Dr. Wirth wird den Kommissar ernennen und die Verhandlungen mit Polen führen. Entscheidend ist für uns auch das Bestehen der Notwendigkeit, daß er die Politik der Erfüllung, des Wiederaufbaus und der Befestigung des Mißtrauens aufs neue proklamiert hat. Und dieser Politik haben wir unsere Billigung ausgesprochen.

Während sich die deutschnationalen Kreise der neuen Regierung gegenüber wegen ihrer Unterwerfung unter das Entente-Diktat ablehnend verhalten, bekräftigt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ darauf, eine objektive Ingangnahme über die gestrige Reichstagsrede zu gehen, ohne irgendwie zu dem Programm der neuen Regierung Stellung zu nehmen.

Zur Lage in Oberschlesien.

Die Flucht aus dem Abstimmungsgebiet.

Kattowitz, 27. Okt. In verschiedenen Zeitungen wurde gemeldet, daß am Montag bereits 12 000 Flüchtlinge aus dem Abstimmungsgebiet in dem nichtbesetzten Schlesiens eingetroffen sind. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Sie erklärt sich dadurch, daß von der Putschzeit her noch eine Anzahl Flüchtlinge sich in Niederschlesien aufhielt, von wo aber täglich eine größere Anzahl zu ihren früheren Wohnstätten in Oberschlesien zurückkehrt. Nach dem Bekanntwerden der Entscheidung sind Flüchtlinge in nennenswerter Menge nicht eingetroffen. Nur aus Königschütze sind mehrere Deutschgesinnte geflüchtet und zwar auf Grund einer in der Presse verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Apo aus Königschütze abgehoben wurde. Auch diese Nachricht ist falsch. Tatsächlich sind aus Königschütze 70 deutsche Apo-Beamte nach einem anderen Teil des Abstimmungsgebiets aus inneren Gründen verlegt worden. Bis heute sind schon 35 von ihnen durch andere deutschgesinnte Beamte ersetzt worden. Es liegt also für die deutsche Bevölkerung weder in Königschütze noch anderswo Grund vor, den Wohnort zu verlassen.

Telegramm Pfalz-Lothringischer Studenten.

Kattowitz, 27. Okt. Von dem Verband elsass-lothringischer Studentenbünde ist folgendes Telegramm an den Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses in Kattowitz, Dr. Lufajsek, gerichtet worden: Die elsass-lothringischen Studierenden, die aus ihrer Heimat durch die Franzosen vertrieben worden sind und jetzt im Deutschen Reich leben, hoffen, daß ihre ober-schlesischen Brüder kräftig im bedrohten Gebiet ausharren werden zum Schutze des dortigen deutschen Volkstums.

Sorgen der großen Ausprache in der französischen Kammer.

Weitere Angriffe auf Briand.

Paris, 25. Okt. In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer wurde die am Freitag abgebrochene Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fortgesetzt. Das Wort nahm zunächst Marcel Cachin, der erklärte, es gebe auf der Welt keine härteren Kämpfe zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapitalismus, als sie die 70 000 Textilarbeiter in Nordfrankreich seit 7 Wochen führten. Die Regierung habe nicht

vermocht, den Unternehmern das Entgegenkommen zur Pflicht zu machen. Das sei die Regierungspolitik der sozialen Entspannung. Cachin besprach alsdann die auswärtige Politik der Regierung und fragte, ob die von dem Minister Loucheur in Wiesbaden begonnene Politik die Politik der Regierung gegenüber dem neuen Deutschland sei. — Briand unterbrach: Das wird von Deutschland abhängen. (Sehr richtig.) Wenn Deutschland sich von der Regierung führen läßt, die ihre Verpflichtungen erfüllt, werden wir keinen Grund haben, zu Drohungen und zur Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen. Aber wenn Deutschland durch seine zu befürchtende Schwelgerei auf neue dem Imperialismus in die Arme fällt, wenn es sich weigert, seine Verpflichtungen zu halten und uns mit Revanche bedroht, dann ist es natürlich, daß die Haltung der französischen Regierung geändert wird. (Lebhafter Beifall.) — Cachin fuhr fort, indem er die Faulheit der Siegenationen der industriellen Tätigkeit Deutschlands gegenüberstellte, wo selbst in den Fabriken von Krupp landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Apparate fabrikiert würden. Das Abkommen von Wiesbaden könne, wenn es die deutsche und die französische Industrie zusammenbringe, die wirtschaftliche Lage Frankreichs wieder hoch bringen, aber schon jetzt hätten die Unternehmer begonnen, eine scharfe Campaigne gegen diese Politik von Loucheur zu führen. Cachin lenkte die Aufmerksamkeit der Kammer auf die gefährliche Finanzlage in Deutschland, die vom Vortritt bedroht sei. Die Inflation werde eine Krise in Gestalt einer Verteuerung der Lebenshaltung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland herbeiführen. Der Redner sprach sodann von der Konferenz in Washington und erklärte, daß er nicht den Optimismus Briands über die Herabsetzung der Zölle teile. Der Zar habe auch einen Verlust gemacht, aber alle Verluste seien bisher fehlgelassen. Was aus der Konferenz von Washington hervorgehen werde, sei wahrscheinlich ein neuer Krieg. — Nach Cachin sprach der Kommunist Lafont von der Hilfe für das verhungerte Rußland und über die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zur Hilfeleistung für Rußland, worauf die Debatte über die Internationalkonferenz eröffnet wurde. — Der Redner war der Abgeordnete Soulier, der erklärte, er teile nicht die Ansicht des Ministerpräsidenten über die innere Politik und verstehe verschiedenes von seiner Außenpolitik nicht. Seine Ansicht nach hätten die Begriffe „rechts“ und „links“, wenn man von Republikanern spreche, nicht mehr den Wert von ehemals. Seien denn Vergues, Tonnart, Delchamps, Poincaré keine Republikaner? Er nehme die Zerteilung der republikanischen Entente nicht an.

Paris, 26. Okt. Im weiteren Verlauf der Debatte kritisierte Soulier die Außenpolitik der Regierung. Dem Weltbund spendete er Anerkennung wegen der Entscheidung über Oberschlesien. Er glaubt jedoch, daß Deutschland in Oberschlesien erhalte, was Polen zulomme. Nicht nur die französischen Katholiken müßten von der Regierung verlangen, daß sie Dr. George und seiner antichristlichen Politik im Orient und andernorts nicht folge. Alle Vertreter Frankreichs müßten protestieren gegen den antichristlichen Charakter der französischen Politik, wenn sie der Lloyd Georges folge. Er befürchte, daß Briand, der kein Englisch könne, in Washington nicht das notwendige Verständnis für das haben werde, was sich während dieser ersten Diskussion ereignete. Der Abgeordnete Sangnier sprach über innerpolitische Fragen. Nach seiner Ansicht brauche die Republik die politische Organisation der Demokratie, eine Organisation, die es jedem Staatsbürger gestattet, im Verhältnis zu seinen intellektuellen und moralischen Fähigkeiten und jeinem guten Willen an den Geschäften des Landes teilzunehmen. Der Reaktor Magallon erklärte, seine Freunde und er könnten die Außenpolitik der Regierung nicht mitmachen. Tardieu führte aus, wenn sich die Regierungen nicht über das Problem des Stillen Ozeans einigten, dann werde es in Washington keine Diskussion über die Einschränkung der Rüstungen geben. Gefahren drohten durch eine Einigung Deutschlands mit dem russischen Bolschewismus und durch die Ausreise in China. Es sei dringend notwendig, daß die Regierung mit ihren Verbündeten prüfe, wie Japan ihnen zur Bekämpfung der Gefahr behilflich sein könne. Die Vertreter der Vereinigten Staaten würden im Namen der Monroe-Doktrin sprechen, England für die Doktrin seines Imperialismus. Angesichts dieser beiden großen Gruppen gehe Frankreich allein nach Washington. Nach seiner Ansicht hat die Konferenz von Washington nicht die erforderliche technische und allgemeine Vorbereitung erfahren. Er bedauert deshalb, der Regierung nicht das Vertrauen bewilligen zu können, das sie zu dieser Konferenz verlange. Tardieu besprach alsdann Angelegenheiten der inneren Politik, wobei er das Ministerium Briand scharf angriff. Nachdem Tardieu seine Rede beendet hatte, veranlaßte Ministerpräsident Briand das Wort. Die Kammer entschied jedoch, die Rede des Ministerpräsidenten erst heute, Mittwoch, nachmittags anzuhören.

Paris, 27. Okt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung tauschten die Abgeordneten Grandin (nicht Grandin) und Herriot gegenseitig Erklärungen aus, wodurch der Zwischenfall beigelegt wurde. Darauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort. Er setzte sich mit Tardieu auseinander und sagte, es sei Zeit zu einem Entschluß zu gelangen. Das Land wolle, daß man die Regierung nach ihren Handlungen beurteile und daß man nicht eine Regierung wegen einer Frage der inneren Politik stürze, nachdem man die Gewißheit erlangt habe, daß sie keine für das Land gefährliche Außenpolitik betreibe. Wenn das Schiff für Amerika bereit sei, so könne es auch einen anderen als Briand mitführen. Wenn er den Redner schon geradelt habe, so könne er ihn ebenso gut dazu benutzen, nach Hause zu fahren, als daß er sich nach Washington begeben. Er habe das Recht zu sagen, welches die republikanische Mehrheit sei mit der die Regierung arbeiten wolle. Wenn in der Gruppe,

die er meine, Männer vorhanden seien, die die Gesetze der Republik nicht annehmen, dann müsse sich die Mehrheit von diesen trennen. Aber die Mehrheit, die er verlange, müsse groß sein, denn nur dann sei die Unabhängigkeit gesichert. Briand ging alsdann zu der auswärtigen Politik über und sagte als Tardieu der Regierung angehört habe, habe Frankreich den Sieg davongetragen. Sein Prestige sei ungeheuer gewesen. Er habe diese Regierung Konzeptionen machen müssen, weil Frankreich nicht allein gewesen sei, Konzeptionen hinsichtlich der Sicherheit des Landes und auch hinsichtlich der Grenze. Die Regierung habe auch nachgeben müssen in Bezug auf die Einheit Deutschlands, ferner in der Frage Palästinas und in der Frage Mosul. Außerdem habe sie die Entscheidung über Oberschlesien aufgeben müssen und jetzt, zwei Jahre nachher, in einem pulverisierten Europa, das in ständiger Gefahr sei, mache er „unnütze Konzeptionen.“ Nein, weil jeder Tag Brände entzündet, und weil er (Briand) die Einheit mit den Alliierten aufrecht erhalten wolle! Briand fragte dann, wenn er eine deutsche Regierung zwingen zu demissionieren, damit Deutschland nachgebe, sei das etwa, wie Tardieu gesagt habe, eine nachgiebige Politik? Briand erinnerte auch daran, daß er es gewesen sei, der es verhindert habe, daß die Grenze von Oberschlesien überschritten habe.

Vertrauensänderung des Senats.

Paris, 27. Okt. In der heutigen Sitzung des Senats interpellierte Senator Henry de Jouvenal über die auswärtige Politik der Regierung und das Programm, das Frankreich auf der Konferenz in Washington unterstützen solle. Der Senat dürfe den Ministerpräsidenten Briand nicht abreißen lassen wie Wilson 1918 Washington verlassen habe, ohne zu wissen, ob das Land hinter ihm stehe. Der Senat müsse wie die Kammer der Politik der Regierung seine Billigung geben und Briand zum wirklichen Wortführer Frankreichs machen. Die Frage der militärischen Abrüstung sei eng verknüpft mit dem Problem der Abrüstung zur See. Durch beiden Probleme bildeten ein Ganzes. Sie könnten nur durch eine internationale Organisation geregelt werden. Er protestierte gegen den Gedanken, die Vereinigten Staaten könnten dem widersprechen. Bei dem augenblicklichen Zustand könne man nicht verweilen, denn 60 Millionen rüsteten sich gegen Frankreich. Das sei nicht erwünscht. Ministerpräsident Briand beantwortete die Interpellation sofort und erklärte, 3 Fragen hätten die Regierung und das Parlament vor den Ferien beunruhigt: 1. die Sicherheit Frankreichs und die Entwaffnung Deutschlands, 2. die orientalische Frage und 3. die Orientfrage, die Fragen von Syrien und Libanon. Hinsichtlich der 1. Frage wiederholte er den Bericht des Generals Nollet und erklärte, im Augenblick sei Frankreich außer Kriegsgefahr. Aber diese Sicherheit könne nur durch Wachsamkeit verlängert werden, auf die man keinen Augenblick verzichten könne. Die Frage der bayerischen Einwohnerwehren sei durch die Autorität des Reichstanzlers Dr. Wirth geregelt worden. Es frage sich jedoch, ob er immer zu handeln könne. Deshalb unterstütze Frankreich bei seinen Alliierten die Meinung, daß ein Druck auf Deutschland notwendig sei. Die Frage von Oberschlesien behandelte Briand sehr kurz und lobte die angebliche Unparteilichkeit des Schiedsgerichts des Weltbunds. Deutschland habe ihn angenommen. Die Angelegenheit sei geregelt. Nach Erwähnung des Abkommens mit der Regierung von Angola wies Briand auf die Vorteile des Wiesbadener Abkommens hin. Alle Welt sei davon überzeugt, daß eine internationale gegenseitige Hilfe nötig sei. Wenn Deutschland eine leere Staatskasse zeige, werde man ihm antworten, daß der Vertrag von Versailles besage, daß nicht der deutsche Staat, sondern daß Deutschland mit allen seinen mobilen und immobilien Reichtümern zahlen müsse. Auch die Volkspartei müßten zahlen, denn alle Deutschen seien mit ihrer Regierung solidarisch. Schließlich erklärte Briand, er allein habe das Ruhrgebiet nicht besetzen können. Solange Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, werde man nicht handeln. Frankreich sei mehr als jeder dem Frieden ergeben. — Der Senat sprach Briand mit 301 gegen 9 Stimmen sein Vertrauen aus.

Zur Lage in und um Ungarn.

Standrecht in den tschecho-slowakischen Grenzgebieten. Prag, 27. Okt. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat für den Bereich der Slowakei und Karpaten-Rußlands das Standrecht verkündigt.

Vorläufige Internierung Erzherzog Karls in Rumänien.

Paris, 27. Okt. Die Vorkonferenzkonferenz beschloß, daß Erzherzog Karl an Bord des englischen Kanonenboots, das sich gegenwärtig vor Budapest befindet, gehen soll. Er soll sich dann nach Galatz begeben, wo er die endgültige Entscheidung der Mächte über seine Internierung erwarten wird. — Die Konferenz genehmigte dann das Protokoll von Benedig und nahm zum Schluß Kenntnis von dem Brief des deutschen Vorkonferenzers Dr. Mayer, in dem dieser mitteilt, daß seine Regierung unersetzlich Delegierte ernennen werde, um mit Polen die in der Entscheidung der Alliierten vorgesehenen wirtschaftlichen Verhandlungen anzuknüpfen.

Wien, 27. Okt. Das Wiener Korrespondenz-Büro meldet aus Budapest: Das Kloster Tihany ist von Motorbooten und Truppen aufs strengste bewacht. — Der Gesandte und bevollmächtigte Minister im Ministerium des Reichers, v. Kanya, traf in Tihany ein mit dem Auftrag, über die Modalitäten der Abdankung zu verhandeln.

Kleinere Nachrichten.

Prag, 28. Okt. Einer Blättermeldung zufolge ist das Denkmal Maria Theresias, in Prag von Legionären umgestürzt worden.

der S...
Kobenz,
lungen zwisch
deutschen De
komitee unter
haltung des
habung des
Gebiet, de
Obersten
hebung der
gen lag er
mittes zugru
der Ansichten
der des inter
einer Konkre
mußten, woz
tens anfang
senzeit soll
dei werden.
hoffen, daß
wird, zum A

fazit
Machen,
Abgeordneten
das Gewerke
geblieben
verfehlen.
halten, in de
wie es sein

Simon un
fersten und
nur ein kurz
eine Dauer v
Charakter de
terung. Im
Winters ei
Die Zeit der
mischen sich
Schnee auf r
Sprache zu
Winter herbe
der Brauch
terkleidung
kauf alles

bm. Für
schlesien wurd
Der dazu erkl
Hilfsbereitsch
derartige Men
abgewiesen w

Im abgel
bierenden die
nis der Höhe
Mäulen v
Bad Teinach

Im Prüfu
u a Kandida
ortz erteilt.
Rutmaßl
Der Hoch
stand. Am
deutes, aber

Unterhan
Häger Johan
68 Jahren gef
gemeiner Zufu
in weiten Kre
Loren.

Stimmzhe
stellige Krieg
„Lamm“ hier
nein Vereinst
Vereinsvorl
nenen Mitgl
ergriff der S
erregenden
langer treuer
treibt und un
er der braver
ih Leben las
dier Kamera
Verein einen
Eale eine t
der gefallene
Nidkrist trüg
sammlung vo
gel, Bauer,
Wiedrich Ni

Deutschland.

Am die Einsetzung der Interalliierten Kontrollkommission

Robenz, 26. Okt. Am Montag begannen hier die Verhandlungen zwischen der von dem Grafen von Natus geführten deutschen Delegation und dem interalliierten Sachverständigenkomitee unter dem Vorsitz von Del Abadesa über die Ausgestaltung des interalliierten Organs zur Überwachung der Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrsystems im besetzten Gebiet, dessen Schaffung bekanntlich nach dem Beschluß des Obersten Rats vom 13. August die Vorbedingung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist. Den Verhandlungen lag ein Entwurf des internationalen Sachverständigenkomitees zugrunde, über den in zwei Sitzungen ein Austausch der Ansichten stattfand. Da der Präsident und einige Mitglieder des interalliierten Komitees, die an den Arbeiten der Pariser Konferenz über die Besatzungskosten teilnehmen, abreisen mußten, wurden die Verhandlungen heute abgebrochen, um spätestens anfangs November fortgesetzt zu werden. Die Zwischenzeit soll zur Prüfung der gegenseitigen Vorschläge verwendet werden. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt erhoffen, daß es im Sinne gegenseitiger Verständigung gelingen wird, zum Abschluß einer Vereinbarung zu kommen.

Anschlag auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Auer.

München, 26. Okt. Auf den mehrheitssozialdemokratischen Abgeordneten Auer wurde gestern nacht, als der Abgeordnete das Gewerkschaftshaus verlassen hatte, von einem unbekannt gebliebenen Täter zwei Revolverkugeln abgegeben, die ihr Ziel verfehlten. Auer hatte bis in die letzten Tage Drohbriefe erhalten, in denen ihm das gleiche Schicksal angekündigt wurde, wie es seinerzeit Eisner erlitten hat.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Oktober 1921.

Simon und Judas: 28. Oktober.

Simon und Judas ist als Torwächter bei den kürzesten, düstersten und unruhigsten Tagen des Jahres; es ist doch nur ein kurzer Schritt in den November. Der letzte Tag ist auf eine Dauer von 10 Stunden zurückgeschraubt. Der meteorologische Charakter der Wetterlage zeigt große Neigung zu trüber Witterung. Immer mehr hüllt sich die Sonne in die Schlagschleier des Winters ein. Die Luft hat kühle Eigenschaften angenommen. Die Zeit der Nachtfröste ist angebrochen. In die Niederschläge mischen sich auf den Höhen Schneeflocken: Simon Jude, wirft Schnee auf die Erde! Die kalte Jahreszeit fängt an, ihre Sprache zu reden: Ist Simon und Judas vorbei, so hinkt der Winter herbei! In der guten alten Zeit bestand auf dem Lande der Brauch, auf dem Simon-Judas-Markt den Bedarf der Winterkleidung einzukaufen, daher der Spruch: An Simon Jude, kauft alles in der Erde!

Oberlehrliche Kinder in Calw.

Am. Für die ins Oberamt Calw bestimmten Kinder aus Oberlehrlichen wurden gestern 22 Nachschulis mit Verköstigung benötigt. Der dazu erscheinende Aufruf zeitigte, wie das bei der wohl-kannten Hilfsbereitschaft unserer Einwohnerschaft zu erwarten war, eine derartige Menge von Angeboten, daß eine große Zahl Familien abgewiesen werden mußte. (Ausführliches folgt.)

Prüfungsergebnis.

Im abgelaufenen Sommerhalbjahr 1921 haben u. a. Studierende die Schlußprüfung bestanden und das Abgangszeugnis der Höheren Maschinenbauerschule Göttingen erhalten: Viktor Müllers von Bad Liebenzell und Friedrich Koller von Bad Teinach.

Zahnärztliche Approbation.

Im Prüfungsjahr 1920/21 hat das Ministerium der Innern u. a. Kandidaten der Zahnheilkunde die Approbation als Zahnarzt erteilt: Egon Rühlking von Möllingen, Olt. Calw.

Natürliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck hält den Störungen im Westen immer noch stand. Am Samstag und Sonntag ist kühles, zeitweilig bedecktes, aber trodenes Wetter zu erwarten.

Unterhangstett, 27. Okt. Am Mittwochabend ist hier Gemeindeführer Johann Georg Kusterer, in einem Alter von nahezu 63 Jahren gestorben. Er hat sein Amt hier 37 Jahre lang zu allgemeiner Zufriedenheit verwaltet. Mit ihm hat die Gemeinde eine in weiten Kreisen bekannte und überall geschätzte Persönlichkeit verloren.

Simmozheim, 24. Okt. Gestern nachmittags 3 Uhr hielt der Heilige Kriegerverein im neuen Saale des Gasthauses zum „Lamm“ hier eine Gedenkfeier für seine im Weltkriege gefallenen Vereinsmitglieder ab, die einen schönen Verlauf nahm. Vereinsvorstand Jaf. Kühnle, Bauer, begrüßte die erschienenen Mitglieder und Angehörigen der Gefallenen. Hierauf ergriff der Schriftführer, Hauptlehrer Schurz, das Wort. In erregenden Worten gedachte er unserer Krieger, die in jahrelanger treuer Pflichterfüllung dem Ansturm unserer Feinde getreut und unser Vaterland beschützt hätten. Namentlich gedachte er der braven Kameraden, die in diesem graufigen Geschehen ihr Leben lassen mußten. Der Kriegerverein Simmozheim habe vier Kameraden verloren, zu deren ehrendem Andenken der Verein einen Trauerstift gestiftet. Mit Epheu begrünt war im Saale eine kostbare Trauerkränze aufgehängt, die die Namen der gefallenen Mitglieder mit entsprechender Widmung als Aufschrift trägt. Bei Verlesung der Namen erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Die Gefallenen sind: Wilh. Sprieger, Bauer, Robert Mohr, Maler, beide waren verheiratet, Friedrich Riethammer, Ied. Maurer, und Jakob Kühnle, Ied.

Amtliche Bekanntmachungen

Kommunalverband Calw.

Die Melanweisungen werden im Monat November wie folgt erteilt:

Am 1. und 14. für die Bäcker und Händler von Calw, Hirzau, Liebenzell und Unterreichenbach,
am 2. und 15. für diejenigen der übrigen Bezirksgemeinden.
Calw, den 25. Oktober 1921.

Kommunalverband, Oberamtmann: Gös.

Streifenpolizeiliche Vorschriften.

Verstöße in letzter Zeit vorgekommene Unglücksfälle geben Veranlassung, die Einwohner des Bezirks auf die streifenpolizeilichen Vorschriften hinzuweisen, insbesondere auf die Beleuchtung von Fahrzeugen und Fahrrädern bei Nacht. Ferner wird auf das Verbot des Radfahrens auf Gehwegen hingewiesen.

Die Schultheißenämter werden beauftragt, wiederholt durch öffentliche Bekanntmachungen auf die bestehenden Vorschriften hinzuweisen und bei Übertretungen unnachlässig einzuschreiten.

Calw, den 24. Oktober 1921.

L. 105.

Bauer. Die Versammelten sangen hierzu das Lied „Ich halt' einen Kameraden“. Stimmungsvoll wirkten einige von Fel. Vöcker und Schuhmacher Wader vorgetragene Gedichte. Pfarrer Ueber ermahnte die Anwesenden zur Einigkeit angesichts unserer schweren Notlage, denn nur dann könne unser Volk wieder aus dem Sumpf zur Höhe kommen. Schultheiß Fischer trat mit warmen Worten für die Hinterbliebenen der Gefallenen ein, deren Schmerz durch unseren Beistand in Rat und Tat zu lindern unsere heiligste Pflicht sei. Nachdem noch Begrüßungsschreiben des Herrn Dekan Zeller aus Calw und des Ehrenvorstandes Hilligardt aus Teinach, welche seltener einen Geldbetrag zu dieser Feier gestiftet hatten, vorgelesen worden waren, forderte Hauptlehrer Schurz die noch Fernstehenden zum Eintritt in den Kriegerverein auf. Lehre seien eine Pflichtenlehre echten deutschen Geistes und kameradschaftlichen Fühlens und Denkens. Mit dem Gesang des schönen Reiterliedes „Morgenrot“ fand die wirklich erhebend verlaufene Feier ihren Abschluß, und hochbefriedigt gingen die Versammelten auseinander.

Simmozheim, 26. Okt. Am letzten Sonntag veranstaltete die Arbeiterkassette der Wolldeckenfabrik von Weilderstadt, ihrem Mitarbeiter Gottlieb Dittus, Weber von Simmozheim in der Wirtschaft von Paucher eine Feierlichkeit. Im Monat September ds. Js. waren es nämlich 25 Jahre, seit dem Eintritt des G. Dittus in die Firma. Er hat die während dieser langen Zeit treue und wertvolle Dienste geleistet, lange Jahre als Meister, während er seinen Mitarbeitern ein gutes Kamerad und vielen ein ehrlicher Berater war. Mehrere Ansprachen ehrten den Jubililar und zuletzt wurde ihm eine wertvolle Tafeluhrenlampe in einem schönen Etui als Zeichen der Dankbarkeit von den Kollegen und Kolleginnen überreicht.

Nagold, 27. Okt. (Bezirksratsitzung.) Die Wahl der Mitglieder des Bezirksratsamts — je drei Pächter und drei Verpächter — wird vollzogen. — Dem neugegründeten Bezirkswehverband wird ein Jahresbeitrag von 400 M. und den auswärtigen Teilnehmerinnen an der Gründungsverammlung je 10 M. bewilligt. — Der Kostenanteil am Bezirksratsamt Calw für 1920 mit 3180 65 M. (¼ des Aufwands) wird zur Zahlung angewiesen. — Beschlossen wird die Einführung der Prüfung des Rechnungs- und Kassenwesens der Oberamtsparlamente durch sachmännische Beamte des Württ. Giroverbands sowie die Befestigung einer weiteren Geschäftsstelle bei der Sparkasse. — Die Milchverteilungshilfe hört mit dem 1. November d. J. auf. Die Einrichtung der Molkerei Altensteig wird an die Städte Nagold und Altensteig um 25 000 M. verkauft. — Der Jahresbeitrag an den Bezirksziegenzuchtverband wird auf 200 M. erhöht.

Nagold, 27. Okt. (Gemeinderat.) Wie bereits angekündigt, erfolgt vor Beginn der Sitzung die Beschäftigung der Einsparung am Elektrizitätswerk, die die vorgeschlagene Straßensanierung als wünschenswert erscheinen läßt; von den entstehenden Kosten die sich auf etwa 2500 M. belaufen, übernimmt die Stadt ein Drittel, das Werk zwei Drittel. — Das städt. Fischwasser in der Nagold ist auf 6 Jahre neu verpachtet worden, der Pachtpreis beträgt 3600 M. gegen fester 940 M. — Anlässlich des Ankaufs des ehemaligen Hofes zum Rößle durch die Stadt zum Zweck der Wohnungsbefreiung sollte die Stadt Grundbesitzsteuer bezahlen; in einer Eingabe an das Landesfinanzamt wurde für Befreiung davon eingetreten; jetzt ist die Befreiung eingetroffen mit der Begründung, daß nur solcher von öffentlichen Körperschaften gemachter Grundbesitz steuerfrei sei, der aus baulich-ökonomischen Gründen erfolge und die Erhebung und den Schutz der Volksgesundheit im Auge habe. Gegen den Entscheid soll Rechtsbeschwerde eingelegt werden. — Das neue Projekt zur Wasserversorgung unserer Stadt — im Stadtwald Winterhalde soll eine neue Quelle mit 4 Sek. ltr. gefasst werden — belastet den Stadtkäsel mit voraussichtlich 900 000 M. Um für diese gewaltige Ausgabe ein Gegengewicht zu haben, wird an die Hofdirektion mit dem Ersuchen herangetreten, im Stadtwald einen außerordentlichen Holzschlag, 5000 fm, zu bewilligen. Gleichzeitig diene derselbe zur verbilligten Bauholzabgabe und zur Erweiterung des Bestandes der Forstklasse. —

(S. B.) Kofelnden Olt. Nagold, 27. Okt. In der Doppelscheuer der Landwirte Friedrich Fesle und Johannes Ernst brach ein Brand aus, der sich schnell über das ganze Gebäude verbreitete und es samt allen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen in Asche legte. Der Schaden ist sehr groß. Auch die anstößenden Nachbarhäuser waren bedroht. Schon hatte der Giebel des Bachmannschen Hauses Feuer gefangen, doch konnte das Haus gerettet werden. Kurzschluß soll die Ursache des Brandes sein.

(S. B.) Altensteig, 26. Okt. Die Frau des Gerbers Wilhelm Gugelberger wollte auf den Anhängewagen eines im Gang befindlichen Lastautos steigen. Dabei fiel sie, so daß ihr die Räder des Wagens über den Leib gingen. Schwerverletzt führte der Kraftwagenlenker, der den Vorgang zuerst nicht sah, die Frau in ihre Wohnung, wo sie schwer krank darniederliegt. — Chr. Gaus von der Gausmühle, oberhalb der Pfaffenstube, brachte kürzlich seine Hand in das Sägmühlwerk, wobei er vier Finger verlor.

(S. B.) Vom Schwarzwald, 27. Okt. Auf den Bergen des hohen Schwarzwalds ist nach schweren Stürmen ein weites Temperaturrückgang erfolgt und der erste Schneefall eingetreten, der sich bis auf 900 Meter erstreckte. Die Vergluppen des südlichen Schwarzwalds von der Hornisgrinde bis zur Bodener Höhe und vom Feldberg bis zum Belchen präsentierten sich zum erstenmal in einer weithin leuchtenden Schnee- und Nebenschicht. Die Temperatur fiel in dieser Höhenlage bis auf 4 Grad unter Null. Die Nächte sind bei klarem Himmel noch kälter.

(S. B.) Leonberg, 24. Okt. Die Lindenbergische Buchdruckerei mit dem Verlag der Glems- und Wülmgauzeitung ist aus dem Besitz von Dr. Schmid an eine GmbH. übergegangen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark.

(S. B.) Freudenstadt, 27. Okt. Seit März ds. Js. wurden hier 43 Wohnhäuser, 4 Fabrikgebäude, 7 Schuppen und Schuppen, sowie 34 Umbauten und 22 Siedlungsbauten erstellt. — Das Ueberlandwerk Glatten ist infolge der ungenügenden Kohlenbelieferung und des anhaltenden niedrigen Wasserstandes gezwungen, die Stromlieferung an sämtliche Gemeinden und Großabnehmer einzustellen.

(S. B.) Tübingen, 26. Okt. Nach der Statistik der deutschen Universitäten stand die Universität Tübingen im Wintersemester 1920/21 mit 2991 Besuchern an 15. Stelle, im letzten Sommersemester mit 3435 Besuchern an 12. Stelle. Allem Ansehen nach wird der Zugang in diesem Semester hinter dem des letzten nicht wesentlich zurückbleiben. Wegen der Wohnungsnot müssen viele Studenten außerhalb Tübingens in den umliegenden Ortschaften wohnen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt a. M. 27. Okt., 11 U. Die Devisen zogen heute Vormittag bei stillem Geschäft etwas an. Holland 5710, Schweiz 3040, Paris 1240, Brüssel 1220, London 668, Newyork 167 1/2. An der gestrigen Newyorker Nachbörse galt die Reichsmark 1.60% Cents, das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von 194 1/2 M. (Frankf. Ztg.)

Märkte.

Pferde und Rind.

(S. B.) Stuttgart, 27. Okt. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 108 Ochsen, 15 Bullen, 117 Jungbullen, 100 Jungzinder, 161 Kühe, 493 Kälber und 674 Schweine. Aus 1 Jtr. Lebendgewicht wurden erzielt: Ochsen 1. 750—800, 2. 550—680, Bullen 1. 720—760, 2. 660—700, Jungzinder 1. 770—850, 2. 610—710, Kühe 1. 570 bis 690, 2. 400—500, 3. 280—380, Kälber 1. 970—1040, 2. 870 bis 940, 3. 780—850, Schweine 1. 1340—1420, 2. 1200—1300, 3. 1080—1180 M. Verkauf des Marktes: belebt bei schwacher Zufuhr.

(S. B.) Herrenberg, 22. Okt. Dem gestrigen Viehmarkt waren zugeführt: 20 Ochsen, 113 Kühe und Kalbinnen und 75 Stück Jungvieh. Der Verkauf ging gut. Die Preise waren gegen den letzten Markt gleichbleibend. Erlöst wurde für 1 Paar Ochsen 16 000—18 000 M., für traktierte Kühe 7500—9500 M., für Milchkühe 8000—9000 M., für Schlachtkühe 4000—6000 M., für Kalbinnen 7000—10 000 M. für Jungzinder und Stiere 3000—5000 M. — Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 460 Milch- und 80 Käuferschweine. Paarpriis: Für Milchschweine 350—600 M., für Käuferschweine 800—1800 M.

(S. B.) Dissenhausen, Olt. Müllingen, 27. Okt. Das Landgericht brachte 5 Stuten und 4 Wallache zur Versteigerung. Die Stuten, die an Mitglieder des Württ. Pferdezuchtvereins verkauft worden sind, brachten 10 000—25 150 M., im Durchschnitt 17 300 M., die Wallache 11 240—17 100 M., im Durchschnitt 13 760 M. Der Verkauf war gut belebt.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verlehrslosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

23. Sonntag nach Trin., 30. Okt., 1921. Vom Turm: 7, 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst, Predigtlied Nr. 378 Angenugam Wesen, Dekan Zeller. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 8 Uhr Vortrag von Pfarrer Roth in Treffen über die Glaubens- und Liebeswerke der Gräfin de Latour in Rärnth. Donnerstag, 3. Nov. 1921 8 Uhr Bibelstunde: Dekan Zeller.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 30. Oktober 8 Uhr Frühmesse, 1/10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Montag 8 Uhr Gottesdienst in Liebenzell. Dienstag Fest Allerheiligen 8 Uhr Frühmesse, 1/10 Uhr Allerseelen-Predigt und Hochamt, 2 Uhr Totenweper. Mittwoch Allerseelen, 8 Uhr Totenam.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 30. Okt. Erntedankfest, vorm. 1/10 Uhr Festpredigt Föhler, 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 2 Uhr Bezirks-Erntedankfest, Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde. Stammheim: Vorm. 10 Uhr Predigt Bögels, nachm. kein Gottesdienst. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B.: B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Ungarn.

in den Grenzgebieten.

Die nationale Verteidigung

Karpatien-Außlands

in Rumänien.

Der Reichstag beschloß, daß

die Kanonenboots, das sich

in der Ostsee befindet,

zur Verfügung der

deutschen Regierung

überlassen werden soll.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

den Antrag abgelehnt.

Die Regierung hat

Stadtgemeinde Calw.
Kartoffelhilfe d. Württ. Landwirte
 Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Personen bei der Abgabe am nächsten Samstag berücksichtigt werden können, welche sich seinerzeit beim Stadtschultheißenamt angemeldet haben.
 Calw, den 27. Oktober 1921.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
 Die gesetzliche Pflicht zur rechtzeitigen **Wohnungs-An-, Um- u. Abmeldung** wird in letzter Zeit in so lässiger Weise erfüllt, daß die geordnete Geschäftsführung des Einwohnermeldeamts gefährdet erscheint. Das Stadtschultheißenamt sieht sich deshalb veranlaßt, verspätete und unterlassene Wohnungsmeldungen künftig unmissverständlich zu bestrafen.
 Die Meldefrist beträgt für An- und Ummeldungen 3 Tage, Abmeldungen haben spätestens am Tage vorher zu erfolgen.
 Calw, den 27. Oktober 1921.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Torfabgabe
 am Montag, den 31. Oktober 1921, von 1-3 Uhr nachmittags. Preis 14 Mk. für den Zentner.
 Stadtpflege Calw.

Schafweide-Verpachtung
 am Donnerstag, den 3. November 1921, vorm. 11 Uhr nicht am Mittwoch.
 Calw, den 26. Oktober 1921.
 Stadtpflege: F r e y.

Gehingen, den 27. Oktober 1921.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters und Vaters

Adam Schaible
 Schafhalter
 die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, seinen Kollegen, dem Veteranen- und Kriegerverein sowie dem Sängerkor, dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte sagen herzlichen Dank
 im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Schaible.

Wir suchen zum sofort. Eintritt Gatterjäger und Holzplatz-Arbeiter bei hohem Lohn
 Otto Jansohn & Co., Mannheim, Sägewerk.

Fahrrad-Verkauf.
 Unterzeichneter verkauft am Samstag, den 29. Oktober vormittags 9 Uhr im Hause des Fräulein Beizer, Nonnengasse Nr. 133, gegen Barzahlung:
 1 zweitürig. Kleiderschrank, 1 Sofa, Stühle, Tische, 1 Bettlade mit Koff, 1 Spiegel, Bilder, Lampen, sowie allerlei Hausrat.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtinventarier Kolb.

Einen schönen Hühnerstamm, Rasse **Hamburger Goldsprenkel**, 1,5 Jör u. 1,0 21er, Preis-tiere, Frühleger, gebe preiswert ab.
 Tausch nicht ausgeschlossen.
 P. Adolff sen., Lederstr. 151
2 schöne Hasen sind preiswert abzugeben.
 Wo jagt die Geschäftsfelle dieses Blattes.
Haararbeiten fertigt rasch **J. Obermatt, Friseur**
 Ein blaues, modernes **Tuchjackettkleid** auf Seide gearbeitet für mittlere Figur, fast neu, billig zu verkaufen.
 Gretchen Spindler, Hirsau, Villa Luise 1. Stk.

Calw.
Einladung.
 Auch wir laden zum Besuch der heute Abend im „Bad. Hof“ stattfindenden **Verammlung ein.**

Der Pietismus hält die Stunde für gekommen, die Herrschaft in der Volksschule an sich zu bringen. Von den pietistischen Lehrern (evangel. Lehrerverein), wird gegen den Fortschritt, welchen die Reichsverfassung im Volksschulwesen ermöglicht hat, Sturm gelaufen. Mit der Losung: „Die Religion ist in Gefahr“ soll die allgemeine deutsche Schule (die Simultanschule oder die Gemeinschaftsschule) zu Fall gebracht werden. Wie unberechtigt dieses Feldgeschrei ist, geht daraus hervor, daß die evang. Kirchen von Baden, Hessen, Hessen-Nassau und Thüringen aus erzieherischen, nationalen und religiösen Gründen sich auf das entschiedenste für die Simultanschule erklärt haben, und daß in der Simultanschule evangel. und kath. Religionsunterricht von den evangel. und kath. Geistlichen und Lehrern erteilt wird.

Fällt die allgemeine deutsche Volksschule, welche nach dem Vorbild der höheren Schulen organisiert ist, so tritt an ihre Stelle die neue Bekenntnisschule. Aber diese neue Bekenntnisschule, welche der Pietismus herbeisehnt, ist gegenüber der gegenwärtigen Bekenntnisschule ein Rückschritt, weil der Staat und die Allgemeinheit in der neuen Bekenntnisschule wichtige Rechte an die Kirche und die Rel.-Gemeinschaften verlieren, denen es nunmehr überlassen wäre, der Volksschule einen Zuschnitt nach kirchlich-pietistischen Wünschen zu geben.

Wir bitten daher auch diejenigen, die für den Fortschritt und für eine Organisation der Schule nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit sind, in der heutigen Versammlung zu erscheinen.

Die auch christlich-evangelischen, aber nicht pietistischen Lehrer: Beutel, Mäcke, Seeber, Pfommer, Nische, Schick, Werner, Wolf, Epple, sowie die übrigen Mitglieder des Bezirks-Lehrervereins.


 Sonntag, den 30. Oktober **Wanderung** nach Martinsmoos-Wildberg. Abmarsch 9 Uhr vormittags vom Georgendamm. Marschzeit ca. 6-7 Stunden Rückkehrweiser.
 Führer: Lj. Hartmann.

Unterhollbach.
Zugelaufen ist mir ein Hund (Dobermann-Hüde). Derselbe kann abgeholt werden bei **M. Pfommer.**

Kaffee in bekannt guter Mischung.
 roh und febe
 Woyde frisch
 gebrannt
 empfiehlt
C. Serva
 Fernsprech-Nr. 120.

Große Auswahl in **Theater-Aufführungen** empfiehlt **Ernst Kirchherr.**

Effig zu haben Insektstr. 205.
 Kaufe fortwährend **Hasen-, Gais-, sowie alle andere Felle.**
 Friedrich Volz, Oberreichenbach.


Weinstube Adam, Hirsau
 ist über die Wintermonate **nur Sonntags geöffnet.**
 Bei Gesellschaften, Versammlungen etc. während der Woche betriebs Vorausbestellung erbeten.
 Hochachtungsvoll
Oscar Adam, Fernspr. 17.

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW

 Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Alle Hausfrauen kaufen Triumph-Möbel-Büch **Wunderschön** stets staubfreie, prachtvolle Möbel.
 Georg Pfeiffer, Calw;
 Fr. Lamparter, Calw;
 K. Otto Vinçon, Calw.

Gewaschen mit **Dixin**

 Henckels Seifenpulver

Neue la **Salz-Heringe**, neue la **Essig-Gurken** empfiehlt **Friedr. Lamparter, am Markt**

Ein schöner **Zucht-Sarren**

 22 Monate alt, Gelbscheck, Simmentaler Rasse, ist zu verkaufen.
 Hof Dietz, Gemeinde Stammheim. Dasselbst kann ein **junger, tüchtiger Pferde-Knecht** eintreten.


Turnverein Calw
 Am kommenden Samstag, den 29. Oktober findet im Gasthof zum „Badischen Hof“ das **Herbst-Kränzchen** mit Tanzunterhaltung und turnerischen Aufführungen statt.
 Beginn 7 1/2 Uhr. Saalöffnung punkt 7 Uhr.
 Wir laden die Mitglieder unseres Vereins und seiner Spielabteilung mit ihren nächsten Angehörigen freundlichst hierzu ein. Personen, die Mitglied sein könnten, haben keinen Zutritt. Am Saaleingang findet Kontrolle statt. Das Belegen von Plätzen ist nur für Familienangehörige gestattet.
 Der Turnrat.

Samstag und Sonntag halte ich **Megel-Suppe** und lade hierzu höflichst ein **Fr. Schad z. „Jungfer“.**

Einladung zur 40er Feier! Liebenzell und Umgebung.
 Auf Sonntag, den 30. Okt., laden sämtliche 1881 gebor. neost Angehörigen zu einem **gemütlichen Beisammensein** ein. Nachmittags 3 Uhr bei der 40er Marie (zum „Eberhard“) abends 7 Uhr im „Lamm“
Mehrere 40er.

Am Samstag u. Sonntag halte ich **Megel-Suppe** wozu ich freundlich einlade.
Albert Wo l eber, zum Lamm Bad Liebenzell.

Jetzt noch können Sie auf **1.** **November das Calwer Tagblatt bestellen!**

Achtung! :. Achtung! Trotz Ausschlag der Schuhwaren bin ich in der Lage noch zu billigen Preisen zu verkaufen. Warme **Schuhwaren** für Erwachsene u. Kinder sind ebenfalls zu haben bei **Karl Stoll, Haggasse.**

Fahrpläne und Kursbücher sind eingetroffen **Kirchherr, Buchhandlung.**

zu den pol...
 Karlsruhe...
 sammlung im...
 die Rele...
 und die Genf...
 u. a.: Rich...
 Boll habe d...
 Erzbischof...
 lichen Vere...
 nahme die...
 Welt als ein...
 lichte die de...
 telt sei für...
 Der Kanzler...
 der europäis...
 ragraphen, d...
 von Zeit zu...
 geben Der...
 Rechtsverwah...
 fercuz gericht...
 müßte Gemei...
 häufig durch...
 Reichsfinanz...
 Weltwirtschaft...
 Reparationsz...
 Honenwort als...
 die Entwur...
 der Gläubiger...
 mit einem U...
 freudigkeit an...
 über...
 Berlin, 29...
 hatte heute...
 rehung, in d...
 obersteinst...
 sche Volk und...
 durch die W...
 basis erschitt...
 preußische Ne...
 als auch der...
 jugenmetet we...
 Besche zu fr...
 unmittelbaren...
 bleiben. Wit...
 vielleicht vor...
 Umständen w...
 hische Regieru...
 weil sie komm...
 Koalitionskrie...
 freundlich sin...
 deutschen Vo...
 Volksfreund...
 das deutsche...
 Steuerarbeits...
 aufbringung...
 ihr nicht ein...
 politit eing...
 der großen...
 große Realiti...
 trotz der jamm...
 tion ist ein...
 Die deutse...
 Berlin, 29...
 der deutschen...
 Kommission de...
 wils ernannt...
 Grenze in O...
 Polen tätig...
 Ueber die...
 deutsch-polnis...
 wärtigen Unt...
 fer Beratung...
 der Delegatio...
 Die D...
 Berlin, 29...
 hat die bew...